



Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen und Verbände der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Jahnstraße 30
D - 70597 Stuttgart
Fon: 0711 9791 235
Fax: 0711 9791 155
eMail: ako@blh.drs.de
Internet: www.ako-drs.de

Katholische Verbände fordern konkrete Schritte ein, um die Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen

Die Vertreterversammlung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen und Verbände der Diözese Rottenburg-Stuttgart (ako) fasst mit dieser Erklärung die Diskussion und die Ergebnisse des Tages der Verbände 2011, der am 21. und 22. Januar dieses Jahres abgehalten wurde, zusammen. Die Forderungen sind an uns selbst, aber auch an Politik, Wirtschaft und Kirche gerichtet.

Der fortschreitende Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen der Menschheit. Die Veränderungen stellen eine umfassende Gefährdung der Lebensgrundlagen der heutigen und kommenden Generationen dar. Immer deutlicher wird erkennbar, wie der Mensch in das Klimasystem eingreift und wie sich diese Eingriffe auf die ökologischen, sozialen und räumlichen Existenzgrundlagen der Menschen auswirken. Die Folgen des Klimawandels sind dabei für die Länder des Südens viel gravierender als für die Länder im Norden.

Deshalb ist unsere Solidarität mit den Menschen in den Ländern des Südens gefordert. Die Industrieländer im Norden müssen die Verantwortung für die Folgen ihrer Wirtschaftsweise der vergangenen Jahrzehnte übernehmen und mit den Schwellen- und Entwicklungsländern angesichts des Klimawandels auf gleicher Augenhöhe zukunftsorientiert verhandeln. Internationale Verträge, die das Ziel von 1,5°C Erderwärmung verfolgen, müssen gerechte Entwicklungen der Länder des Südens ermöglichen, um das Weltgemeinwohl zu sichern. Besonders bei den benachteiligten Ländern und Bevölkerungsgruppen müssen die Menschenrechte eingehalten und die Ernährungssicherheit aufrechterhalten werden, um eine gewisse Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel zu gewährleisten.

Eine zukunftsfähige Klimapolitik benötigt viele Köpfe und Hände. Wir Bürger als Wähler und Kunden müssen die Richtung für Politik und Wirtschaft durch unser Handeln vorgeben, damit der Klimawandel begrenzt wird.

Deshalb fordern wir von uns Bürgern:

- **Verzicht auf innerdeutsche Flugreisen** bzw. Flugreisen unter 400 Kilometern sowie die Nutzung von Transportmitteln mit geringem Emissionsausstoß.
- **Sparsamer Umgang mit unseren Ressourcen.** Das bedeutet die Verwendung von energieeffizienten Geräten und verantwortungsvolles Heizverhalten.
- **Umstieg vom Atomstrom der großen Energiekonzerne (EnBW) auf Ökostrom** der dezentralen Stadtwerke und Anbieter.
- **Einhaltung von Emissionsgrenzen beim PKW-Kauf** bzw. Kauf von Sprit sparenden Fahrzeugen. So kann die Mobilität, die das heutige Leben und Arbeiten erfordert, umweltverträglich gestaltet werden.
- **Kritischer und bewusster Einkauf von regionalen, saisonalen, ökologischen und fair gehandelten Produkten.** Dies ist ein wichtiger Schritt, um den Klimawandel zu begrenzen.

Von der baden-württembergischen Landesregierung und der deutschen Bundesregierung fordern wir konsequente Schritte sowie Vorgaben für die Wirtschaft in der Klimaschutzpolitik:

- **Reduzierung des Ausstoßes der Treibhausgase** bis zum Jahr 2020 um über 40% - bezogen auf das Emissionsniveau aus dem Jahr 1990. Um dieses Ziel zu erreichen, benötigt die Wirtschaft klare, langfristige und verbindliche Rahmenbedingungen. Eine vorausschauende und verantwortliche Klimaschutzpolitik wird auch in Deutschland und Baden-Württemberg Arbeitsplätze schaffen.
- **Priorität für Energieeinsparung und effiziente Energienutzung** durch Verringerung des Stromverbrauchs um jährlich mehr als ein Prozent. Die Regierung muss die energetische Sanierung von mindestens drei Prozent aller Altbauten pro Jahr fördern.
- **Vorrang für eine Klima schonende, dezentrale Stromerzeugung** durch die Beendigung der Benachteiligung von Gaskraftwerken im Vergleich zu Kohlekraftwerken im Emissionshandel. Der Anteil der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung muss verdreifacht werden. Darüber hinaus muss es ein Moratorium für den Bau neuer Kohlekraftwerke geben, um den Aufbau einer klimaverträglichen Energieversorgung nicht zu behindern.
- **Sofortige Rücknahme der Laufzeitverlängerung und Ausstieg aus der hochriskanten Kernkraftnutzung** durch die möglichst schnelle Abschaltung der Atomkraftwerke. Es muss eine strenge sicherheitstechnische Überwachung geben, gegebenenfalls notwendige Nachrüstungen der Atomkraftwerke in der verbleibenden Restlaufzeit müssen vorgenommen werden.
- **Zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien** durch eine konsequente Fortführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Strombereich. Wir brauchen ein Fördergesetz für die erneuerbaren Energien im Bereich Gebäudeheizung, -kühlung und Warmwasserbereitung.
- **Eindämmung des Emissionswachstums im Verkehr** durch strenge gesetzliche Verbrauchsgrenzwerte für PKW und LKWs. Dazu ist ein generelles Tempolimit auf Autobahnen (120 km/h) erforderlich. Des Weiteren muss eine kritische Überprüfung der Beimischung von AGRO-Kraftstoffe im Benzin stattfinden sowie der Öffentlichen Personenverkehrs stärker staatlich gefördert werden. Die Einführung einer Kerosinsteuer ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.

Die katholischen Verbände in der ako orientieren sich an der Frage, wie wir es mit unserer Schöpfung halten. „Nach uns die Sintflut!“ kann unser Lebensmotto nicht sein. Die Freiheit, zu der uns Christus befreit (Gal. 5.1), ist auch eine Freiheit zur Selbstbegrenzung. „Und Gott setzte den Menschen in den Garten, dass er ihn bebaue und bewahre“ (Gen. 2.15).

„Bebauen und Bewahren“ - Eine alternativlose Herausforderung für uns Bürger, die politischen Gestalter auf allen Ebenen sowie die Wirtschaftsvertreter.

Für uns als Kirche bedeutet diese Orientierung vorbildliches Handeln in unseren Einrichtungen, Gebäuden und der Mobilität sowie klare politische Aussagen für einen konsequenten Klimaschutz auf allen Ebenen.

Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen und Verbände
der Diözese Rottenburg-Stuttgart (ako)

Harald Hellstern
Vorsitzender

Quellen:

- Bistum Hildesheim
- Die Klima Allianz
- Diözese Rottenburg-Stuttgart
- KLJB Passau
- Synode der evangelischen Kirche Deutschlands
- WWF



* Wegen der besseren Lesbarkeit werden in der Erklärung nur die männlichen Bezeichnungen verwendet. Es sind jedoch beide Geschlechter gemeint.